

**Ivana Dimic, Praxis, Belgrad/Serbien**

Praxis ist eine unabhängige Nicht-Regierungs-Organisation, die seit 2004 arbeitet. Wir beschäftigen uns mit den Minderheitenrechten in Serbien, mit Flüchtlingen, mit Rückkehrern, mit Umgesiedelten und mit anderen Bevölkerungsminderheiten und damit natürlich vor allem mit Roma in Serbien. Wir bieten kostenlose Rechtsberatung, Hilfe und Beratung darüber, wie die grundlegenden Menschenrechte wahrgenommen werden können. Ich selber arbeite als Rechtsberaterin bei Praxis.

Uns finanzieren vor allem ausländische Organisationen oder Finanziere. Einer der größten Finanziere ist das Außenministerium Norwegens und das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen. Aber es gibt auch viele andere Sponsoren wie die Flüchtlingsorganisation in Schweden, die belgische Kanzlei für Immigration oder amerikanische Organisationen.

Mit dem serbischen Staat gibt es keine direkte Zusammenarbeit, keine finanzielle Unterstützung oder Hilfen. Aber wenn es um staatliche Lösungen von Minderheiten-Problemen geht, versuchen wir einen Kontakt herzustellen und Hinweise zu geben.

**Frage:** *Gibt es irgendwelche positiven Beispiele für eine Zusammenarbeit des Staates mit Ihrer Organisation?*

Das ist abhängig von Situation und Thema. Der Beauftragte für Bürgerrechte, der einer unabhängigen Organisation vorsteht, zeigt Bereitschaft, uns anzuhören, er hat bereits mit uns zusammengearbeitet und hat mit uns Initiativen zur Problemlösung ergriffen. Es kam dann aber leider dazu, dass die zuständigen staatlichen Organe nicht bereit waren, uns zu helfen und mit uns zusammenzuarbeiten.

Die Regierung Serbiens hat eine Strategie zur Lage der Roma erarbeitet. Diese Strategie beinhaltet, dass für viele verschiedene Lebensbereiche Lösungsansätze gefunden wurden, um die Probleme zu lösen. Damit das umgesetzt werden kann,

müsste erreicht werden, dass in jeder Gemeinde in Serbien ein sogenannter Roma-Koordinator eingesetzt wird, der Probleme von Roma anhört und Kontakt zu den Roma aufnimmt. Leider gibt es die Koordinatoren noch nicht in allen Gemeinden, aus unbekanntem Gründen. Die Organisation der Arbeitsplätze, so heißt es offiziell, sei noch nicht abgeschlossen, deswegen ist diese Aufgabe noch nicht wirklich umgesetzt. Aber andere Dienste, die auch sehr wichtig sind, gibt es. Zum Beispiel gibt es sogenannte Roma-Assistenten, die Roma-Kindern mit Sprachproblemen helfen, dem Unterricht besser zu folgen, indem sie zusätzliche Erklärungen geben und nachschauen, warum sie die Probleme haben. Das funktioniert. Aber auch die gibt es nicht in jeder Schule, aber in fast jeder Gemeinde gibt es eine Grundschule, an der einer dieser Assistenten arbeitet. Unsere Organisation hat sogar schon gut mit Roma-Assistenten zusammengearbeitet, sie sind auch auf uns zugekommen und haben um Rat gefragt.

Eine weitere wichtige Stelle ist der Gesundheitsmediator, der eine Art Verbindung zwischen den staatlichen Gesundheitsbehörden und der Roma-Bevölkerung bilden soll. Er soll dafür sorgen, dass Roma ihre gesundheitlichen Menschenrechte wahrnehmen können. Sie sollen in die Roma-Siedlungen [damit sind die inoffiziellen, halblegalen Barackenlager gemeint] gehen und z.B. die Kinderimpfungen kontrollieren und ggf. Impfungen organisieren und sich ein Bild über weitere Probleme machen. Wir haben schon öfters mit denen zusammengearbeitet und auch die Gesundheitsmediatoren haben bei uns um Rat nachgefragt.

**Frage:** *Bekommen die Kinder nur dann ärztliche Unterstützung, wenn sie gemeldet/registriert sind? Möglicherweise wissen viele nicht, welche Rechte sie haben, wissen nicht, dass die Kinder in die Schule gehen sollen oder dass es die Möglichkeit dazu gibt. Ich habe gehört, dass es ein neues Gesetz gibt, das Kindern ein Schulrecht gibt, auch wenn sie nicht gemeldet sind, aber dass die Schulen sie teilweise nicht aufnehmen?*

Das Grundproblem ist, dass die Papiere fehlen. Bei vielen Roma-Kindern fehlen

Einträge in behördlichen Dokumenten, Geburtsurkunden oder ähnlichem. Denn damit Roma überhaupt irgendwelche Rechte in Serbien wahrnehmen können, müssen sie unbedingt in einem Geburtsregister eingetragen sein und brauchen einen Auszug aus dieser Urkunde oder aus dem Familienstammbuch. Damit erst erlangt man Zugang zu allen anderen Menschenrechten, z.B. kann man erst dann eine Gesundheitskarte [der staatlichen Gesundheitsversorgung] bekommen, zur Schule gehen und Arbeit bekommen.

**Frage:** *Das neue Gesetz in Serbien bestimmt doch aber, dass Kinder für den Schulbesuch keinerlei Dokumente brauchen?*

Die Umsetzung dieses Gesetzes war in der Anfangszeit problematisch. Die Schulen wollten das nicht und haben Kinder abgewiesen. Als wir davon erfuhren, haben wir versucht, zu intervenieren. Wir haben versucht, mit den Schuldirektoren zu reden und wenn die das weiterhin nicht wollten, haben wir sie bei der Schulbehörde gemeldet. Am Ende konnte immer erreicht werden, dass diese Kinder zur Schule gehen konnten. Ein anderer Grund, warum Roma-Kinder nicht zur Schule gehen, ist die große Armut eines großen Teils dieser Bevölkerungsschicht. Es fehlt das Geld für Bücher, sie können sich teilweise nicht waschen oder haben keine Kleidung. Sie werden deshalb gehänselt. Auf der anderen Seite müssen sie oft schon in jungen Jahren der Familie helfen, um überhaupt überleben zu können. Zum Teil heiraten die Mädchen sehr früh und können dann nicht mehr zur Schule kommen.

**Frage:** *Wie ist denn die Situation der Roma, die aus dem Ausland zurückkommen oder von dort abgeschoben wurden?*

Da gibt es einige Probleme. Zusätzlich zu den Problemen, die Roma generell in Serbien haben, ist ein häufiges Problem der Zurückgekehrten das der fehlenden oder nicht zu beschaffenden Dokumente. Insbesondere haben Kinder, die im Ausland geboren wurden, Probleme – sie müssen sich neu in die offiziellen

serbischen Register eintragen lassen, unabhängig davon, ob sie bereits im Ausland registriert worden sind. Dafür brauchen sie Dokumente wie ausländische Geburtsurkunden, nicht älter als sechs Monate, die sie oft nicht haben, verloren haben oder im Ausland gelassen haben. Wenn es niemanden im Ausland gibt, der das für sie besorgen kann, dann müssen sie die über das serbische Auswärtige Amt besorgen. Dafür ist eine Gebühr von 30 bis 40 Euro fällig, was für sie nicht gerade wenig ist.

**Frage:** *Kriegen sie denn hier mehr Hilfe, weil sie Roma sind?*

Die Hilfe ist für alle Bürger gleich. Sie müssen sich an unser Ministerium wenden, das Ministerium wendet sich dann an die ausländische Behörde und dafür muss eben die Gebühr bezahlt werden. Wenn das Dokument keine internationale Form hat, kommen noch Übersetzungsgebühren dazu. Insgesamt gibt es viele kleinere Gebühren und Kosten, die sich summieren, die für die Menschen ein Problem werden. Darüber hinaus gibt es oft Probleme mit falschen Eintragungen oder falsch geschriebenen Namen in den ausländischen Dokumenten. Für ungebildete Menschen ist das ohne Hilfe nicht zu bewältigen.

**Frage:** *Erhalten diese Menschen denn dabei Hilfe?*

Soweit wir wissen, nicht. Wenn wir von solchen Fällen erfahren, wenden wir uns an unser Ministerium. Wir haben keinen direkten Kontakt zu ausländischen Behörden oder Organisationen, die uns im Ausland helfen könnten. Ein weiteres Problem von Rückkehrern ist, das man ihnen im Ausland nicht alle wichtigen Dokumente mitgibt, zum Beispiel medizinische Dokumentationen, Arbeitsnachweise, Schulzeugnisse, Geburtsurkunden. Diese Dokumente haben sie oftmals nicht dabei, weil sie deren Wichtigkeit nicht kennen oder weil sie sie nie in die Hand bekommen haben.

**Frage:** *Wenn sie diese Dokumente haben, wird das Leben hier leichter?*

Nicht viel Leichter. Es gibt in Serbien eine hohe Arbeitslosigkeit und eine große Armut. Für Menschen ohne Dokumente ist es jedoch noch schwerer, die können zum Beispiel keine Sozialhilfe beantragen ohne einen Eintrag im Geburtsregister oder ohne Meldebescheinigung. Man kann sich zur Zeit nicht einfach als in einem Barackenlager wohnend anmelden und damit eine Meldebescheinigung bekommen. Die rechtlichen Grundlagen dafür werden gerade geschaffen, zur Zeit ist das aber noch nicht möglich.

**Frage:** *Gibt es Organisationen, die Rückkehrer begleiten, die etwa Wohnungslosen Hilfe geben?*

Die zuständigen staatlichen Institutionen sind das große Ministerium für die Umsetzung der Menschenrechte und das Kommissariat für Flüchtlinge. Deren Tätigkeit beschränkt sich aber in der Regel auf eine beratende Funktion.

Das Unterbringungsproblem ist sehr groß. Viele der Rückkehrer hatten ihr Haus vor ihrer Ausreise vor vielen Jahren verkauft. Die, die in Barackenlager lebten, haben noch nie ein eigenes Haus besessen. Die Häuser der aus dem Kosovo Geflohenen sind zerstört worden. Für alle die ist es ein großes Problem, eine Unterkunft zu finden.

In Serbien gibt es vier Aufnahmezentren, aber dort ist der Aufenthalt auf 14 Tage begrenzt, selten wird das verlängert. Man braucht eine Bescheinigung des Kommissariats für Flüchtlinge. Wir haben viele Menschen getroffen, die gar nicht wussten, dass es diese Zentren gibt, diese Information hatte man ihnen nicht gegeben. Am Belgrader Flughafen gibt es ein Büro für Rückgeführte, das den Erstkontakt mit Rückkehrern aufnehmen und sie beraten soll, es ist jedoch nicht sichergestellt, dass alle Rückkehrer diesen Dienst wahrnehmen können: sie wissen nichts von diesem Büro oder es ist nicht besetzt.

Ein Fall von Rückführung minderjähriger Kinder, den wir miterlebt haben: Minderjährige dürfen eigentlich nicht alleine rückgeführt werden. Wir hatten einen sehr problematischen Fall, in dem ein Geschwisterpaar aus Schweden alleine rückgeführt wurde, die Mutter war in Schweden geblieben, der Vater war in Serbien, wurde aber nicht rechtzeitig informiert, sodass er zu spät am Flughafen ankam. Das Jugendamt hat die Kinder in Obhut genommen und dem Vater das Sorgerecht entzogen, weil er die Kinder nicht abgeholt hat. Zudem war eines der Kinder in Schweden geboren, hatte aber keine Abschriften aus dem schwedischen Personenstandsregister mitgebracht, sodass der Vater kein Nachweis seiner Vaterschaft besaß. Er musste tagelang um seine Kinder kämpfen, die tagelang ohne einen ihrer Eltern in einem Heim verbringen mussten und die kein Serbisch sprachen, nur Schwedisch und etwas Romanes. Das war ein Versagen beider Staaten, von Schweden, das die Kinder ohne Begleitung losgeschickt hatte, und von Serbien, das die unbegleiteten Kinder angenommen hatte. Die abschiebenden Länder müssten mehr darauf achten, in welche Umstände sie die Rückkehrer schicken.

Ein Weiteres: Letztes Jahr wurde berichtet von serbischen Grenzbehörden, die Ausreisende auf Rückfahrkarten, Hotelreservierungen oder eine Einladung im Ausland kontrolliert haben, und ob sie genug Geld für ihren Auslandsaufenthalt haben. Denjenigen, die nach Einschätzung der Grenzpolizei die verordneten Bedingungen nicht erfüllten, wurde die Ausreise nicht gestattet, die mussten wieder zurück reisen. Dies ist ein sehr großer Menschenrechtsverstoß, niemand darf in seiner Reise- und Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden. Jeder Bürger Serbiens hat das Recht, sein Land zu verlassen. Normal wäre die Kontrolle der Reisenden bei der Einreise, das ist ein Recht des Ziellandes, aber Serbien darf den eigenen Bürgern nicht die Ausreise verbieten. Wer etwas ärmer oder wie ein Roma aussieht, wird bei der Ausreise genauer kontrolliert und eher an der Ausreise gehindert – das ist auch ein Beispiel für die Diskriminierung von Roma in Serbien.

<http://www.praxis.org.rs/>

Praxis Belgrade

Alekse Nenadovica 7-III

Belgrade, Serbia, 11000

[bgoffice@praxis.org.rs](mailto:bgoffice@praxis.org.rs)

Telephone: +381 11 344 4486

Fax: +381 11 344 4483

Praxis Kraljevo

Heroja Maricica 70

Kraljevo, Serbia, 36000

[kvoffice@praxis.org.rs](mailto:kvoffice@praxis.org.rs)

Telephone: +381 36 312 659

Fax: +381 36 312 658